

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 9046 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 48 B

BERLIN • Freitag, den 26. Februar 1932

1. JAHRGANG

Vom Kriegsschauplatz.

m London, 25. Februar.

Wie die „Times“ aus Schanghai melden, hat sich herausgestellt, daß der am Mittwoch erfolgte Angriff bei Kiangwan von chinesischer Seite ausging. Die Chinesen machten einen Ausfall, durch den die ermüdete japanische Infanterie überrascht wurde. Die chinesischen Truppen drangen in ihrem Angriff bis zum japanischen Hauptquartier vor, von wo sie dann wieder zurückgetrieben wurden. Die Chinesen besetzten den westlichen Teil von Kiangwan bis zum Bahnhof von neuem.

b Schanghai, 25. Februar.

Am Donnerstag, morgens um 8 Uhr Ortszeit, machten die Japaner einen neuen großen Angriff auf die chinesischen Stellungen bei Kiangwan, bei dem Tanks, Geschütze, Flugzeuge und starke Infanterieabteilungen eingesetzt wurden. Die Japaner versuchen, die chinesischen Stellungen zu durchbrechen. Um 10 Uhr vormittags war der Kampf noch im vollen Gange, die Japaner hatten aber noch keine Fortschritte gemacht.

s Moskau, 24. Februar.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet aus Schanghai, daß die Nanking-Regierung den bisherigen Kommandeur der 19. Armee, TSAI TIN KAI zum Hauptkommandierenden der chinesischen Streitkräfte an der Schanghai-Front ernannt hat. Zu der Armee TSAI TIN KAI stoßen fortgesetzt Abteilungen von Freiwilligen, die sich aus Bewohnern Schanghais bilden.

Der Schanghai-Vertreter der TASS hatte, zusammen mit mehreren anderen ausländischen Berichterstattern, Gelegenheit, die vorderen Linien der chinesischen Front sowie den Feldstab des Hauptkommandierenden zu besuchen. Die ausländischen Berichterstatter wurden von dem chinesischen Hauptkommandierenden zu diesem Besuch eingeladen, nachdem eine eingehende Bitte der Ausländer an den Hauptkommandierenden der japanischen Streitkräfte abgelehnt worden war. Es wird hervorgehoben, daß die 19. Armee einen vortrefflichen Eindruck mache, daß sie gut eingekleidet und reichlich mit Lebensmitteln versorgt sei. In technischer Hinsicht könne ihre Ausrüstung allerdings keinem Vergleich mit der Bewaffnung der japanischen Armee standhalten, die den neuesten Errungenschaften der Technik entspricht. TSAI TIN KAI gab auf Anfrage der Berichterstatter wiederholt die Versicherung ab, daß die chinesische Armee bis zur letzten Kugel und bis zum letzten Soldaten kämpfen werde. Der Kampf um Schanghai sei ein Kampf um das Leben der Republik. Dagegen werde

China nicht die Offensive ergreifen, obwohl es Japan schlagen könnte.

b Schanghai, 24. Februar.

Der chinesische Oberbefehlshaber TSAI teilte am Mittwoch mit, daß sich die chinesischen Verluste an Soldaten seit dem 28. Januar auf 2000 Mann belaufen. Die Verluste an Zivilisten gab er auf 6000 an.

c Tokio, 24. Februar.

Die Mißerfolge der japanischen Truppen vor Schanghai haben den Befehlshaber dieser Truppen, UYEDA, veranlaßt, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

Das japanische Kriegsministerium hat am Mittwoch das Rücktrittsgesuch des Befehlshabers genehmigt. Zum neuen Befehlshaber der japanischen Armee wurde General SCHASCHAKARA ernannt, der dieser Tage Tokio verläßt und die Leitung der japanischen Armee übernehmen wird.

b Schanghai, 24. Februar.

Die Kantonregierung hat am Mittwoch 29 Flugzeuge zur Unterstützung der Nanking-Truppen im Kampf gegen die Japaner gesandt.

m London, 25. Februar.

Von Nanking wird gemeldet, daß der christliche General FENG im Begriff sei, sich an die Front nach Schanghai zu begeben.

c Detroit, 25. Februar.

Der Führer des hiesigen Fliegerverbandes „America Legion“ teilte mit, daß viele Flieger in den Vereinigten Staaten die Gelegenheit erwarten, in die chinesische Fremdenlegion einzutreten. Die Nachrichten von der Bildung einer kanadischen Freiwilligenstaffel hätten große Beachtung gefunden. Der Führer erklärte, schon morgen könnte ein halbes Dutzend von Fliegern abgehen, wenn ihnen dort guter Sold und Anstellung zugesichert würden.

Regierungsumbildung in Tokio?

c Tokio, 24. Februar.

Wie verlautet, steht eine Umbildung der Regierung JUKAI bevor. Angeblich ist trotz des überwältigenden Sieges der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen die Bildung einer Art Koalitionskabinetts beabsichtigt.

Arbeitskampf in Oberschlesien verschärft.

f Kattowitz, 24. Februar.

Die Lage im ostoberschlesischen Kohlenbergbau hat sich verschärft. Nachdem bereits seit einigen Tagen auf der „Gräfin-Laura“-Hütte gestreikt wird, haben am Mittwoch die Belegschaften der Gruben des Ficinuser Schachts und des Beinhow-Schachts ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Auf der „Friedenshütte“, die unter Geschäftsaufsicht steht und nur einen Teil der Belegschaft beschäftigt, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern, die in das Werk eindringen wollten, und der Polizei. Die Polizei schoß.

Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt, einer von ihnen ist gestorben; 15 bis 20 Personen wurden leicht verletzt.

Im schlesischen Sejm wurde ein Dringlichkeitsantrag der KORFANTY-Partei angenommen, der sich scharf gegen die letzten Massenentlassungen im ostoberschlesischen Bergbau wendet. Die Regierung habe seinerzeit der Arbeiterschaft versprochen, daß nach der achtprozentigen Lohnkürzung neue Betriebsbeschränkungen nicht erfolgen würden. Dieses Versprechen sei nicht gehalten worden. Der Wojewode wird aufgefordert, bei der Zentralregierung in Warschau erneut auf den Ernst der Lage der ostoberschlesischen Industrie hinzuweisen und um Hilfsmaßnahmen zu bitten.

Die Vertretung des deutschen Volkes.

Die Reichstagsitzung am Mittwoch wurde von LÖBE eingeleitet mit der Ankündigung scharfer Maßnahmen gegen neue Störungen.

Dann sprach GROENER zur Verteidigung HINDENBURGS gegen eine Äußerung, die GOEBBELS gestern getan hatte. „Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist“, hatte gestern GOEBBELS erklärt und war dann fortgefahren: „HINDENBURG, gelobt von der Partei der Deserteure...“ Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt“, wies GROENER im Auftrag der Reichsregierung zurück.

Als dann FRICK sich zur Geschäftsordnung zum Wort meldete, erhob sich Geschrei bei den NS- und den Deutschen Nationalen, sodaß LÖBE zwei Abgeordnete aus der Sitzung ausschloß. FRICK behauptete, GROENERS Erklärung entstelle die Tatsachen.

Dann sprach BREITSCHIED. Er freute sich, daß HITLER selbst gegen HINDENBURG kandidiere und selber die Niederlage einstecke. HINDENBURG sei der Vertreter einer Welt-

anschauung, die selbstverständlich mit der sozialistischen nichts zu tun habe. HINDENBURG stehe nicht auf der politischen Linie der Sozialdemokratie, aber er biete Gewähr für die Aufrechterhaltung der Verfassung. Es gelte für die SP, alle Kräfte auf die Abwendung der faschistischen Gefahr zu konzentrieren. Deshalb werde sie den Kandidaten unterstützen, der die größte Aussicht habe, die Mehrheit der Stimmen zu bekommen.

Zum Reichswählerlaß erinnerte BREITSCHIED an das Reichsgerichtsurteil vom 21. Februar 1930, das den illegalen Charakter der NSDAP feststelle, und empfahl GROENER und dem General SCHLEICHER vom Reichswahrministerium, sie sollten dieses Urteil aufmerksam studieren, ehe sie noch einmal (!) in einem Erlaß den NS den Zugang zur Reichswehr öffneten.

Während BREITSCHIEDS Rede schloß LÖBE einen NS aus der Sitzung aus, weil er aus einer Reichstagsdrucksache laut vorgelesen hatte. „Das ist ein bewußter Versuch zur Stö-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

AUS DEM INHALT:

Memel und Litauen.
Pfrimers Heimwehrputsch.
Die Rolle Mellons.
Das nennen sie Handelspolitik.
Die Tore vor dem Tore.
Die Kirche macht Eroberungen.

Das Kabinett Tardieu.

R. B. Paris, 22. Februar.

Die Regierungskrise ging aus von dem eindeutigen Versuch der Senatsmehrheit, die Rechte in ihrem Vormarsch aufzuhalten. Dieser Vormarsch wurde vertreten durch LAVAL, der zusammen mit seinem Freund TARDIEU die politische Reaktion in Frankreich vertritt. Der Senat benutzte zu seinem Vorstoß die Vorlage zur Wahlreform, die von der Kammer bereits angenommen war, eine „Reform“, die der Rechten erheblich zu gute gekommen wäre. Der Senat fühlte sich bei dem Angriff auf LAVAL sicherlich unterstützt durch die Linke der Kammer, der alles daran lag, die Wahlausichten TARDIEUS und seiner Mannschaften zu verschlechtern.

Der Versuch ist mißlungen, und zwar so gründlich mißlungen, daß TARDIEU, der bisher die Rolle der „grauen Eminenz“ gespielt hat, nunmehr der erklärte Führer der französischen Politik geworden ist. Die gesamte Rechte hat bei dieser Geschichte ihre Regierungsposition verstärkt. Schon während der Verhandlungen PAINLEVES spürte man, wie sicher sie sich fühlte. PAINLEVE, ein Mann der gemäßigten Linken, hat zwei Tage lang versucht, Ministerkombinationen zu machen zum Zweck der Konzentration. Umsonst! Das Problem ähnelte zu sehr dem der Quadratur des Kreises, einem, wie man weiß, unlösbaren Problem. PAINLEVE ist Mathematiker, — vielleicht hat er deswegen so schnell seinen Versuch preisgegeben.

Mit dem Sieg TARDIEUS behält die Rechte das Steuer bis in die Wahlen hinein. Ob die Wahl auf Grund des neuen Gesetzes oder des alten Verfahrens durchgeführt werden wird, steht noch nicht fest; TARDIEU hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, daß er sich in diesen Streit von Regierung wegen nicht einmischen werde. Mag seine Zurückhaltung der Preis dafür sein, daß er von den beiden Kammern akzeptiert wird, — die französische Politik hat zur Zeit einen starken Steuermann. TARDIEU kennt keine Rücksichten, wenn er ein Ziel erreichen will, und er bringt die Eigenschaften eines geriebenen Geschäftsmannes mit, die für ihn manche Hindernisse hinwegräumen, vor denen ein anderer zögernd Halt macht. Das ist der Eindruck, den man erhält, wenn man TARDIEU beobachtet, und die Kenntnisse der politischen Vergangenheit dieses Mannes verändern das Bild nicht. TARDIEU war an zwei Finanzskandalen der Vorkriegszeit beteiligt, die JAURES vor der Kammer gebrandmarkt hat. PAINLEVE schrieb im „Temps“ über ihn in der Sprache kühler Ironie: „Ich will nicht bestreiten, daß ausgerechnet Herr TARDIEU über alle Eigenschaften verfügt, mich darin zu unterweisen, wie ich mich moralisch und politisch zu verhalten habe.“ Die Schatten dieser Vergangenheit haben TARDIEU nicht um seine Karriere gebracht, im Gegenteil, er ist seit drei Jahren in der Führung; die gekaufte Presse lobt ihn und schmeichelt ihm.

Und dieser Steuermann hat nun gar noch aus Genf einen Heiligenschein mitgebracht. Das bedeutet, daß die Wahlausichten der Rechten einen günstigen Wind erhalten haben. TARDIEU versteht zu organisieren. In fast jedem Departement hat er seine Präfekten, die die Wahlen auf TARDIEUSCHEN Bahnen zu lenken verstehen. Vor allem hat er Geld. Das Geld fließt aus zwei Quellen. Erstens aus den Geheimfonds, die in jedem Etat der französischen Regierung eingebaut sind und von deren Verwendung keine Rechenschaft gegeben wird. Zweitens aus der Schwerindustrie. Und mit Geld kann man wie überall gute Wahlen machen.

Die Gegenseite hat keinen Mann wie TARDIEU. Die Sozialisten haben aus ihrem Wahlprogramm das Wort „Sozialismus“ gestrichen. Die Radikalsocialisten reden zu viel, und über ihren vielen Worten sieht man nicht mehr sehr deutlich die Linie, die sie von TARDIEU und den Seinen trennt. Hierfür ist auffällig gerade ihr Verhalten in der Frage der französischen Abrüstungsvorschläge.

Das neue Kabinett ist kleiner in bezug auf die Mitgliederzahlen, aber schlagkräftiger im Dienst der Reaktion. Für die Sozialisten sind zwei Angelegenheiten bemerkenswert:

1. Das Ministerium der Justiz hat einen Instanzenzuwachs erhalten: „Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen.“ Das Regierungsblatt, der „Temps“, erklärt, daß die wirtschaftliche

und finanzielle Lage des Landes diese neue Behörde nötig mache. Wahrscheinlich fängt diese Behörde damit an, die Gehälter der Beamten und Staatsarbeiter zu kürzen.

2. Es ist ein Ministerium der nationalen Verteidigung geschaffen worden, das die drei früheren Ministerien des Krieges, des Luftwesens und der Marine zusammenfaßt. Auch hierzu erläßt der „Temps“ ein nichtssagendes Wort, das nach Beruhigung klingen soll: „In dem jetzigen Zustand der internationalen Verhandlungen und der Etatsarbeit hat man der Sorge um unsere Nationalverteidigung eine Orientierung gegeben, die sich mit dem friedlichen Willen unseres Landes deckt.“

Nur ein Lichtblick ist da. DUMONT, der frühere Minister der Marine, der zu SCHNEIDER-Creusot und der Banque Franco-Japonaise Verbindung hat, ist nicht mehr in der Regierung. Vielleicht ist das der tapferen Abrüstungskampagne der „Lumière“ zu verdanken. Aber allzu viel Hoffnung darf man hierauf nicht setzen; denn sowohl DUMONT wie GIGNOUX, der frühere Chefredakteur der „Journé Industrielle“, gehören nach wie vor zur französischen Delegation in Genf.

Alles in allem also: Der alte Kurs wird weiter verfolgt; keine Verhandlungen über Versailles, keine Schaffung einer Friedensatmosphäre, keine Maßnahmen gegen Japan, keine Abwehr gegen die katholische Kirche. Dies alles gilt zum mindesten bis zur Wahl. Die Hoffnung, daß endlich jemand die Initiative ergreifen könnte in all diesen verworrenen und bedrückenden wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten, ist wieder enttäuscht worden. Wo bleibt BRIAND? Ist er wirklich so krank? Oder überläßt er das Steuer TARDIEU?

Aus TARDIEUs Kammerrede wollen wir uns folgende Worte merken:

„Die französische Reparationsfrage bedarf keiner laugen Kommentare. Sie läßt sich in der Bedeutung des Wortes ‚Vertrag‘ zusammenfassen, das Anpassungen in freien Verhandlungen erlaubt, aber Verleugnung der Unterschrift ausschließt. Die Annahme unseres Vorschlages (die Schaffung einer internationalen Macht für den Völkerbund) würde sofortige Herabsetzung der militärischen Ausgaben erlauben, für die die Welt jetzt 110 Milliarden Francs im Jahre opfert.“ Auffallend ist das Wort, daß TARDIEU an die Adresse Englands richtet: „Frankreich sehnt sich nach einer allgemeinen Verständigung mit diesem edlen Lande.“

Es ist selbstverständlich, daß die französische Reaktion sich bemüht, England nicht als Sachwalter Deutschlands zu sehen und also Englands Freundschaft zu erhalten. Und sicher wird sie — wenn es nötig ist — dafür auch einen Preis zu zahlen bereit sein. Um so weniger Hoffnung sollten sich deutsche Politiker machen, daß es möglich sein wird, England gegen Frankreich auszuspielen in Fragen der „Tribute“. Gerade die Reparationen und die anderen ähnlichen Fragen (Versailler-Vertrag, Korridor u. s. w.) werden von einer reaktionären französischen Regierung so gut wie sicher nicht im Sinne Deutschlands behandelt werden. Und Englands Neutralität werden solche französischen Regierungen erhalten — wenn schon aus keinem anderen Grunde, als aus dem der Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts“ der Mächte. Wenn eine Revision der bestehenden Verträge zustande kommen soll — was jeder am Frieden Interessierte für nötig hält — dann wird dies nur geschehen mit Hilfe einer linken Regierung in Frankreich. Diese wird aber um so eher kommen, je eher der Faschismus in Deutschland aufhört, auch eine außenpolitische Gefahr für die Nachbarn Deutschlands zu sein. Daraus erhellt die Notwendigkeit, den Faschismus auch aus Gründen der Beseitigung des Versailler Vertrages zu bekämpfen.

Chinesischer Protest.

Der chinesische Bürgermeister von Groß-Schanghai hat an die ausländischen Konsularbehörden eine neue Erklärung übersandt, in der er auf das schärfste gegen die anhaltende Benutzung der internationalen Niederlassung als militärische Operationsbasis durch die Japaner Protest erhebt. Die chinesische Regierung müsse für alle Folgen, die aus dieser Tatsache entstehen können, die Verantwortung ablehnen. Zum Schluß werden die Konsularbehörden ersucht, ihre Staatsangehörigen zur Räumung der Kampfzonen zu veranlassen. Die Erklärung hat starke Besorgnis in neutralen Kreisen erweckt, da sie eine Beschließung in größerem Ausmaß oder sogar einen Angriff der internationalen Niederlassung durch chinesische Truppen als möglich erscheinen läßt.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(17. Fortsetzung.)

„Capponi mobilisiert!“ ruft Humette über den Tisch.

„Frankreich wird nicht mobilisieren! Nie wagt Herr Capponi uns anzugreifen, wenn wir das Schwert, allen sichtbar, in der Scheide lassen. Die Organisation meiner ‚Union‘ ist mächtig genug, auch Herrn Capponi in das europäische Gefüge zu zwingen, ob er will oder nicht! Daß ich die Völker Europas zum Boykott gegen Rom bringe, dessen seien Sie versichert! Ich glaube, Herr Capponi dürfte das ahnen! — Sie kennen jetzt die Richtung meines politischen Willens, meine Herren. Stimmen Sie mir zu, dann haben wir gemeinsamen Weg. Lehnen Sie mich ab, dann erblicken Sie in mir Ihren unerbittlichen Gegner, der entschlossen ist, Ihren Sturz herbeizuführen.“

Im Saal herrschte Stille wie vor einem Sturm. Man war zwar auf allerlei Freundlichkeiten Brandts gefaßt gewesen, aber eine solche Brutalität der Sprache hatte noch kaum ein Minister seinen Koalitionsfreunden zu bieten gewagt.

Humette läßt beide Fäuste auf seinen Platz niederfallen: „Jedes Volk hat für Ehre und Existenz zu bluten! Bis zum letzten Mann, wenn's nottut!“ Fünf, sechs Stimmen applaudieren.

„Der letzte Mann steht auf der anderen Seite,“ lächelt Brandt ruhig zurück.

„Sollen wir vor Belgrad als meinelidiger Bundesgenosse dastehen?“ Humette springt vom Stuhl auf.

„Europas Geschichte wurde zu dreiviertel aus Meinelid gemacht,“ bemerkt Brandt sachlich.

„Danke für Geschichtslektion!“ höhnt Humette.

Die Vertretung des deutschen Volkes.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

„Mit dem ausgeschlossenen verließen die übrigen NS und die Deutschnationalen den Saal.“

GROENER erwiderte dann auf BREITSCHIEDS Bemerkung über den Reichswehrverlaß. Zunächst ein Kompliment an HÖLTERMANN, der loyal erklärt habe, das „Reichsbanner“ befasse sich nicht mit der Aufstellung illegaler Polizeiverbände. Ein Kurswechsel des Reichswehrministeriums liege nicht vor; sein grundsätzlicher Standpunkt über Einstellung in die Reichswehr sei unverändert; aber „die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebiete“ (?) jetzt, auch NS einzustellen, bei einschneidenden Sicherungen. Die Entscheidungen des Reichsgerichts stellten ausdrücklich das öhrliche Bestreben HITLERS fest, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Dieses Bestreben habe HITLER durch den Bruch mit STENNES bewiesen. (Und BEST? Red.)

Der württembergische Staatspräsident BOLZ (Zentrum) sagte (offenbar an die Adresse seines leider nicht anwesenden Parteifreundes STEGERWALD, Red.), mit dem Abbau an Löhnen, Gehältern und sozialen Leistungen müsse endlich Schluß gemacht werden. Agrarpolitisch müsse Deutschland vom Ausland unabhängig werden.

VON FREYTAGH-LORINGHOVEN (deutschnational) polemisierte gegen die Außenpolitik der Regierung BRÜNING.

BREIT von der Wirtschaftspartei sprach vom Gewissen der Wirtschaftspartei, dem sie folge, wenn sie auch jetzt (nach der Zurücknahme der Bierpreissenkung, Red.) noch einmal für die Regierung stimme.

Graf WESTARP sprach für die Kandidatur HINDENBURGS. Als der Staatspartei WEBER die Bemerkung machte, die NS seien auf dem Wege der politischen Morde vorangegangen, kam es zu großem Tumult. Die NS, inzwischen wieder im Saal erschienen, stürmten vor, der Vizepräsident ESSER (Zentrum) unterbrach die Sitzung.

Nach der Wiedereröffnung sprachen noch SIMPFEN-DORFER (christlich-sozial) und ROSENBERG (NS). ROSENBERG antwortete auf kommunistische Zwischenrufe mit dem Zuruf „Lüge“ und dem Anbieten von Ohrfeigen. NS und Kommunisten drängten gegen das Rednerpult. LÖBE entzog ROSENBERG das Wort; großer Lärm, bis LÖBE die Sitzung aufhob.

Nach mehr als eineinhalb Stunden Wiedereröffnung. Der eine nimmt seine Drohung zurück, der andere bekommt nachträglich einen Ordnungsruf, der Präsident nimmt eine angeblich irrtümliche Maßregelung zurück — und die Sache geht weiter mit ROSENBERG auf der Rednertribüne. Nach dessen Rede wurde die Sitzung geschlossen.

Man kann einen solchen Bericht nicht niederschreiben, ohne einen tiefen Ekel zu empfinden über die Art, in der heute der politische Verkehr zwischen vernünftigen Wesen sich vollzieht. Wo liegen die Ursachen solcher Barbarei? Wir regen heute diese Frage nur an; es lohnt sich wohl, einmal ausführlich auf sie zurückzukommen.

Die SPD will also dem aussichtsreichsten Kandidaten ihre Stimme geben! BREITSCHIED hat es vermieden, auszusprechen, daß HINDENBURG nach seiner Meinung der aussichtsreichste Kandidat ist. Dagegen hat er, um Mißverständnisse auszuschließen, die „ausdrückliche Erklärung“ abgegeben, daß HINDENBURG nicht auf der politischen Linie der SP stehe. So führt die SP ihre Wahlpropaganda für HINDENBURG, ohne zu sagen: wir schlagen vor, ihn zu wählen. Ein Beweis für das Bewußtsein, daß diese Politik eigentlich eine Schande ist.

Sie ist eine Schande. BREITSCHIED verschweigt, daß es wesentlich von der Politik der SP mit abhängt, welcher Kandidat der aussichtsreichste ist. Ein gemeinsamer Arbeiterkandidat, zu dem die SP die KP jetzt noch nötigen könnte, würde, nach vorsichtiger Berechnung unter Berücksichtigung aller neueren Wahlergebnisse, 35 bis 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Er könnte nur von einem Einheitskandidaten des gesamten Bürgertums einschließlich der NS geschlagen werden, wäre aber bei gespaltenen bürgerlicher Front der aussichtsreichste aller Kandidaten. HITLER neben HINDENBURG wird voraussichtlich etwa 35 Prozent der Stimmen erhalten.

Die Stimmen schwirren durcheinander. General Audinot beugt sich über den Tisch zum Präsidenten: „Meine Anwesenheit dürfte sich erübrigen, solange Staatskunst mit den Methoden der Heilsarmee verwechselt wird.“

Saint Brice wird immer wieder bei seiner Rede unterbrochen.

„Italien bereitet den Krieg vor und wir philosophieren,“ ruft er aus.

„Sie halten ja Capponis Drohung nur für Bluff! Warum erregen Sie sich also, Baron?“ Brandt lacht ironisch dabei. „Ich weiß doch, daß Sie im Herzensgrund zu allem anderen entschlossen sind als zum Krieg! Was soll also die Zusammenarbeit der französischen Luftflotte! Das ist satanisches Spiel mit dem Feuer! Es bedarf dann nur noch des berühmten Funkens, der bekanntlich nie auszubleiben pflegt!“

Herr Lamoine vereilt neue Zusammensätze. „Ich hoffe, meine Herren“, sagt er verständlich, „unsre Entschlüsse werden uns leichter fallen, wenn der Herr Generalstabchef die militärische Lage beleuchtet haben wird.“ Er macht eine einladende Handbewegung zu Audinot hin.

Der General geht, die Hände auf dem Rücken, im freien Raum des Hufeisentisches auf und nieder. Während er spricht, sieht er geradeaus, als wäre die Versammlung nicht vorhanden.

„Politik interessiert mich nur, soweit sie ins militärische Gebiet übergreift. Ich beabsichtige nicht, Ihre rein politischen Entschlüsse zu beeinflussen. Zu meinem Ressort gehört nur die Ankerbelagerung der Kriegsmaschine für den Fall, daß die Staatskunst ihren Leerlauf erlebt.“ Er schweigt eine Minute, dann fallen wieder kurz und eckig seine Sätze: „Jedes Kind weiß, daß ein kommender Krieg keine Partie zu dreien sein wird, sondern daß ein Weltkrieg letzten Ausmaßes ins Rollen käme. Aus dieser Tatsache ändert auch nichts die naive Bereitwilligkeit gewisser Regierungen, die Neutralität wahren zu wollen. Insbesondere hätte sich Berlin binnen drei Stunden zu entscheiden, ob es mit oder gegen uns marschiert. Gründe: Unser jugoslawischer Bundesgenosse wird von den überlegenen Heeren Italiens, vermutlich auch Bulgariens und Griechenlands angeparkt werden. Unmittelbare Unterstützung durch Frankreich ist Vorbedingung für die Entwicklung einer günstigen

In Genf beginnt die Arbeit der Ausschüsse.

i Genf, 24. Februar.

Heute tagte die vorläufig letzte Vollversammlung der Abrüstungskonferenz. Der Präsident der Konferenz, HENDERSON, hielt eine abschließende Rede, die zugleich die Arbeit der einzelnen Ausschüsse einleitete. Er betonte, daß nach den Aussprachen der Vollversammlung — deren Geist im übrigen ausgezeichnet gewesen sei — die Arbeit der Ausschüsse außerordentlich ernst und schwer erscheine. Man werde gewiß auf große politische und technische Schwierigkeiten stoßen. Die Fragen der Sicherheit und der Völkergemeinschaft würden im Anschluß an die Frage der Abrüstung auftauchen. HENDERSON schloß mit einem Appell an die Teilnehmer der Konferenz, gemeinsam an der Überwindung dieser Schwierigkeiten zu arbeiten.

Heute nachmittag trat bereits der politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz zusammen. Der Ausschuß besteht nur aus den Führern aller Abordnungen, trotzdem waren die Abordnungen vollzählig erschienen. Auf Vorschlag HENDERSONS, der den Ausschuß leitet, wurde der tschechoslowakische Außenminister BENESCH zum Hauptberichterstatler des Ausschusses gewählt, ein Posten, der großen Einfluß auf die Verhandlungen gewährt.

Der Hauptgegenstand der ersten Ausschußbesprechung war der Antrag des englischen Außenministers SIMON, der Ausschuß solle beschließen, den Abkommensentwurf des Völkerbundes allen weiteren Arbeiten der Konferenz zugrunde zu legen, jedoch sollten alle Abordnungen die volle Freiheit behalten, einzelne Vorschläge auszuarbeiten und Zusatzanträge zu dem Abkommensentwurf zu stellen. Der Vorschlag fand bei fast allen Rednern Zustimmung, aber in der Begründung ihrer Stellungnahme und in der Betonung dessen, was ihnen an dem Vorschlag wichtig war, wichen die Vertreter der verschiedenen Nationen erheblich von einander ab. TARDIEU erklärte, eine so große Konferenz wie diese brauche eine so feste Verhandlungsgrundlage wie den Abkommensentwurf, da sie sich sonst in Anarchie auflöse. Zu gewissen Erklärungen gewisser anderer Abordnungen behalte er sich seine Stellungnahme vor. GIBSON (Amerika) schloß sich dem Vorschlag an, legte aber Wert darauf, daß der Abkommensentwurf nur den Rahmen für die allgemeinen Arbeiten bilde und daß die Erörterung entscheidender Änderungen und Ergänzungen zugelassen würde. Der italienische Vertreter maß dem Vorschlag nur eine rein geschäftsmäßige Bedeutung bei. Der deutsche Vertreter NADOLNY stimmte dem Vorschlag ebenfalls zu, aber nur unter dem Vorbehalt, daß dieser Beschluß nur die künftigen, nicht aber die schon vorgebrachten Abrüstungsvorschläge einer Beschränkung unterwerfen dürfe. Die deutschen Vorschläge enthielten Bestimmungen, durch die wesentliche Teile des Abkommensentwurfs grundlegend geändert und ersetzt würden. Die deutsche Delegation verlangte, daß ihre Vorschläge trotzdem gleichberechtigt zusammen mit den Abschnitten des Entwurfs und den übrigen Vorschlägen erörtert würden. Nur der Russe LITWINOW trat dem englischen Vorschlag entgegen. Er verlangte energisch, daß vor allen anderen Entschlüssen eine Entscheidung über den russischen Vorschlag der allgemeinen und vollständigen Abrüstung getroffen werden solle; denn falls dieser Vorschlag angenommen werde, sei der „Abkommensentwurf“ überflüssig. Eine Beseitigung der in dieser Aussprache offen zutage tretenden Gegensätze wurde nicht versucht; statt dessen nahm der Ausschuß den englischen Vorschlag einstimmig an. Wie wenig mit einer solchen Einstimmigkeit erreicht ist, zeigte denn auch sofort die Aussprache, die sich an die Abstimmung anschloß. TARDIEU erklärte, der Vertreter der deutschen Regierung habe den englischen Vorschlag nur unter dem Vorbehalt angenommen, daß die deutschen Abrüstungsvorschläge die einzelnen Vorschläge des Abkommensentwurfs ersetzen sollen. Frankreich könne dies unter keinen Umständen gestatten. Auf deutscher Seite hat diese Erklärung natürlich große Erregung hervorgerufen.

Der Ausschuß kam sodann LITWINOW so weit entgegen, daß er für Donnerstag vormittag eine Sitzung zur Behandlung des russischen Abrüstungsvorschlags ansetzte. Eine leere Höflichkeitsgeste! Denn durch die vorhergehende Annahme des englischen Vorschlags hat LITWINOW bereits heute die Antwort des Ausschusses erhalten.

Kampflage. Die Kooperation der französischen Heere mit den Südslawen und im weiteren Verlauf mit den Tschechen, Rumänen und Polen ist nicht von der französisch-italienischen Grenze her zu erreichen, die Alpen schließen Angriffsoperationen großen Stils aus. Bleibt also den französischen Armeen nur der Weg durch Süddeutschland und Oesterreich. Der Herr Ministerpräsident hat mich informiert, daß Berlin die militärische Allianz mit Frankreich ablehnt. Tief bedauerlich, daß es unsrer Politik versagt blieb, deutsche Menschenkraft, deutsche Industrie und deutsches Organisationsgenie an unsre Interessen zu ketten! Also Deutschland wird Feindgebiet sein! Es ist entwaffnet, wie Oesterreich und Ungarn. Die militärischen Kampfkräfte, auch wenn sie durch Volksaufstand unterstützt werden, sind zwar nicht als Bagatellen einzuschätzen, aber ein Bruchteil der französischen Heeresmasse wird genügen, Deutschland, Oesterreich und Ungarn binnen drei, vier Wochen zu besetzen Gebieten zu machen, ihren militärischen Wert zu vernichten. Damit ist dann unser Anschluß an unsre Verbündeten sichergestellt. Die Abrechnung mit den maßgebenden Gegnern kann beginnen: mit Italien und Rußland.“ Pause. Audinots Stimme wird scharfer und energischer. „Der Ausgang eines modernen Krieges liegt, weit mehr als früher, schon in seiner Eröffnung beschlossen. Rücksichtsloser Offensivgeist wird unsre Kriegsführung kennzeichnen. Der richtige und überraschende Einsatz der Luftstreitkräfte muß bereits die Lähmung der Gegner herbeiführen. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob in Zukunft die Partner ihre Kriegsbereitschaft durch vorangehende formelle Kriegserklärungen preisgeben! Das Moment der Überraschung wird sich kein Generalstab für seine Luftarmeen entgehen lassen. Moralische Bedenken werden belanglos. Es ist ein Kampf auf Sieg oder Untergang, nach ethischen Grundsätzen kann nicht mehr gefragt werden. Ebenso wenig hat man zwischen kämpfender Front und Hinterland zu unterscheiden. Die Länder werden in ihrer Gesamtheit zu Kriegsschauplätzen. Verwüstungen im Inneren Frankreichs, Massensterben der Bevölkerung infolge feindlicher Luftangriffe, Verzweigungsaktionen der aufgewühlten Massen — das alles muß als unerbittliche Folge eines modernen Krieges mit kalter Ueberlegung in Rechnung gestellt werden.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Tore vor dem Tore.

Wir bringen im folgenden einige an die Adresse der Arbeiter gerichtete Sätze aus der Festpredigt, die der Kardinal FAULHABER zur Feier des zehnten Jahrestages der Krönung Pius XI. am 14. Februar vor etwa 6000 Menschen in München gehalten hat.

„Der Arbeiterstand steht heute in einem mehr oder minder offenen Gegensatz zum Beamtenstand. Der Arbeiter muß aber auch gegen andere Stände gerecht sein und bedenken, diese Beamten haben 15 und mehr Jahre studiert am Tische ihres Vaters, zum Teil sich durchgehungert durch die Studienjahre, während der Handarbeiter mit 16 Jahren schon verdiente.“

„Außerdem sollen in Arbeiterexerzition Laienapostel geschult werden, weil der Arbeiter dem Arbeiter das meiste Vertrauen entgegenbringt. Wir können auch hier dem Hl. Vater Antwort geben: In Fürstenried, dem Exerzitionshaus der Diözese, wurden im letzten Jahre 17 Exerzitionskurse für Erwerbstätige und 7 Kurse für Arbeitslose gegeben mit einer Teilnehmerzahl von über 2500. Ebenso werden in der Katholischen Volkshochschule in Kochel Laienapostel aus dem Arbeiterstand geschult.“

„Welche Güter in Staatsbetrieb oder Gemeindebetrieb übernommen werden sollen, wird in der Enzyklika (Welt-rundschreiben Pius XI.: 'Über die Gesellschaftsordnung') nicht gesagt. Fachmänner der christlichen Sozialreform denken an die Bodenschätze eines Landes, an Kohle und Kali, an die Erzgruben und anderen Bergwerke, an die Eisenhütten und Walzwerke, an die Verkehrsmittel, an das Geld- und Versicherungswesen. In anderen Ländern sind Tabak und das Lotteriewesen verstaatlicht. Ich denke zu allererst an die gesamte Rüstungsindustrie. Im neuen Staat darf es keinen Menschen geben, der aus dem Kriege ein Geschäft machen könnte.“

„Der gemäßigte Sozialismus hat, wie fast jeder Irrtum, ein Korn Wahrheit in sich und wir sollen uns ehrlich mit ihm auseinandersetzen, der Sozialismus bleibt aber als Weltanschauung im ganzen mit der christlichen Lehre unvereinbar. Besonders auch in seinen Bildungs- und Kulturbestrebungen wie der 'Kinderfreunde'-Bewegung.“

„Wir stehen vor den Toren einer neuen Gesellschaftsordnung. Papst Pius XI. trägt die Schlüssel in der Hand, diese Tore aufzuschließen.“

Diese paar Sätze zeigen deutlich, wie sehr es der Kirche darum zu tun ist, die Seele der Arbeiter zu erobern. Erst zeigt man ihnen, wie gut sie es eigentlich haben, daß sie im Gegensatz zu den geplagten Beamten (die fünfzehn (!) Jahre studieren müssen) schon mit sechzehn Jahren verdienen. Der Herr Kardinal hätte sagen sollen, wie viel sie dabei verdienen — eigentlich: wie viel sie erhalten; denn was sie verdienen, bekommen die Arbeiter selten. — Dann ist man so freundlich, zur Propaganda unter den Arbeitern „Laienapostel“ auszubilden, d. h. hier: Menschen, die Arbeitern gegenüber mehr Vertrauen erwecken. Daß dies eigentlich ein Vertrauensbruch ist, eine Ausnutzung der Vertrauensseligkeit der Arbeiter, ist offenbar niemandem aufgefallen. — Schließlich werden auch ein paar Wünsche der beghrlichen Arbeiter befriedigt, und sogar der Sozialismus — der gemäßigte, versteht sich — kriegt ein Korn Wahrheit zugestanden.

„Wir stehen vor den Toren“, sagt FAULHABER. Das ist richtig — wir sollten uns bemühen, diese Tore aufzuklären. Dann kommt Pius XI. zu spät mit seinem Schlüssel, der die Tore öffnen soll. W—cr.

Keine Postpakete nach der Türkei.

n Berlin, 24. Februar.
Nach einer Mitteilung der türkischen Postverwaltung dürfen Waren in Postpaketen nach der Türkei nicht mehr eingeführt werden.

Die Kirche macht Eroberungen.

Zum holländischen Schulkampf.

Es gibt in Holland staatliche und private Volksschulen. Die staatliche Schule ist öffentlich, d. h. jedes Kind kann sie besuchen. Die Privatschulen werden von Elternvereinigungen gegründet. Die Privatschulen sind das Einfallstor, durch das die Kirchen in das Erziehungswesen einbrechen.

1848 bekamen die Religionsgesellschaften, deren es in Holland eine unheimliche Menge gibt, die Erlaubnis, selber Schulen einzurichten. Seitdem haben sie im Schulwesen große Eroberungen gemacht. 1848 trug der Staat noch nichts zur Finanzierung der Privatschulen bei. Damals war die finanzielle Unterstützung der Privatschulen seitens des Staates das nächste Ziel im Schulkampf der Kirchen. Den ersten Erfolg in dieser Richtung errangen sie 1889; damals begann der Staat an die privaten Schulen Unterstützung zu zahlen. Diese Zuwendungen wurden 1901 erhöht, 1905 wieder erhöht, 1912 wieder; so kam es zu dem Gesetz von 1920, nach dem der Staat für die Privatschulen die gleichen Summen ausgibt wie für die Staatsschulen. Am Zustandekommen dieses Gesetzes haben alle Parteien außer der kommunistischen mitgewirkt.

Eltern, die eine private Schule einrichten wollen, müssen bei der Gemeinde eine bestimmte Garantiesumme hinterlegen und dem Gemeindevorstand eine Liste der Eltern einreichen, die Kinder in die beantragte Schule schicken wollen. Es ist eine bestimmte Mindestzahl von Anmeldungen nötig. Diese Zahl schwankt zwischen 100 (in den größeren Städten) und 40 (in den Dörfern). In der Praxis ist es so, daß auf dem Lande bereits 14 Einwohner mit je drei Kindern eine Schule gründen können. Die Gemeinde bezahlt dann die Gebäude und die Einrichtung, der Staat die Lehrer.

Welche Kreise an der Gründung privater Schulen interessiert sind, zeigt das bunte Bild, das man in manchen Kleinstädten oder Dörfern sieht: dort bestehen neben einander die katholische Knabenschule, die katholische Mädchenschule, die protestantischen Schulen verschiedener Sekten, eine „neutrale“ Schule wohlhabender Eltern, eine „neutrale“ Schule für Kinder von Offizieren, eine Schule für Vegetarier-Kinder.

Während 1889 30 Prozent aller Kinder eine Privatschule besuchten, haben heute die Privatschulen 62 Prozent der Kinder. So ist der Zustand des „Schulfriedens“ von 1920.

Dieser „Friede“ wird jetzt durch einen neuen Angriff gestört. Im Juni wird der zweiten Kammer, dem Unterhaus, ein Gesetzentwurf der Regierung vorliegen, dessen wichtigste Punkte folgende sind:

1. Lehrerabbau. Die Zahl der Schüler pro Lehrer soll auf 45 erhöht werden. Das Ministerium rechnet mit einem Abbau von 2600 Lehrern.
2. Nach Artikel 19 des jetzt geltenden Gesetzes „muß in jeder Gemeinde Gelegenheit sein, in genügend vielen Schulen öffentlichen Unterricht zu erhalten, und in jeder Gemeinde muß eine öffentliche Schule bestehen, wenn die Eltern von 12 Kin-

dern es verlangen. Sie muß bestehen, solange acht Kinder sie besuchen.“ Diese Schutzbestimmung für die Staatsschule soll jetzt aufgehoben werden; öffentliche Schulen benachbarter Orte sollen zusammengelegt werden.

Das wird zur Folge haben, daß viele Eltern ihre Kinder in eine näher gelegene Privatschule schicken.

3. Ein neues System von Strafen für Lehrer wird vorgeschlagen; 20 Strafen werden unterschieden, darunter Gehaltskürzung und Dienstentlassung.

4. Wohlhabende Eltern sollen die Möglichkeit bekommen, für ihre Kinder Schulen mit kleinen Klassen einzurichten. In diesen Schulen sollen fremde Sprachen gelehrt werden. —

Gegen diesen Entwurf erhob sich scharfer Protest besonders in der Lehrerschaft, sowohl unter den katholischen als auch unter den protestantischen Lehrern. Die kulturpolitische Praxis der letzten Jahre hat aber gezeigt, daß es schwer sein wird, diesen Protest der Lehrer in politische Taten umzusetzen; denn die politischen Parteien messen der Abwehr dieser Schulreaktion geringere Bedeutung zu als der Erreichung anderer Ziele.

Immerhin ist ein Propaganda-Komitee gegen den neuen Schulgesetzentwurf gegründet worden. Außer vielen Lehrer- und Bildungsorganisationen sind ihm der Gewerkschaftsbund für Holland (zum IGB gehörig), die sozialdemokratische Partei Hollands und die liberal-demokratische Liga angeschlossen. Unter den angeschlossenen Organisationen sind zahlenmäßig bedeutende; so die Gesellschaft niederländischer Lehrer mit 7500, die neutrale Lehrer-Organisation mit 4000 Mitgliedern; die sozialdemokratische Partei mit 80 000 und der Gewerkschaftsbund für Holland mit 305 000 Mitgliedern. Aber die Agitation des Komitees läßt die Kraft vermissen, die auf Grund solcher Mitgliederzahlen entfaltet werden könnte: einige Organisationen des Komitees verstehen nichts von Agitation, und die SP hat sie fast verlernt.

In der zweiten Kammer, die insgesamt 100 Mitglieder hat, sitzen 30 Katholiken, 24 Sozialdemokraten, 12 Antirevolutionäre (diese sind nicht konservativ, sondern oft in Koalition mit Linksparteien wie den liberalen Demokraten), 10 Liberale, 9 Christen, 7 liberale Demokraten, 2 Kommunisten, 1 Mittelständler, 1 Staatsprotestant, 3 Vertreter anderer protestantischer Sekten, 1 Vertreter der Landbevölkerung. Wenn diese Kammer den Gesetzentwurf annimmt, so könnte die erste Kammer ihn noch ablehnen. Aber das ist noch weniger zu erwarten als die Ablehnung durch die zweite Kammer. Man muß also damit rechnen, daß der Entwurf Gesetz wird.

Im ganzen läuft er darauf hinaus, den Unterricht für die Arbeiterkinder zu verschlechtern und den Einfluß der Kirche auf die Kinder zu erweitern.

Das ist das heutige Holland: ein kleines Land, aber für die anderen europäischen Länder lehrreich.
Simon Aarse (Amsterdam).

Friedliches Ende einer stürmischen Gläubiger-Versammlung.

h Berlin, 24. Februar.

Der gerichtliche Vergleichstermin der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, die der Wirtschaftspartei nahestand und Ende vorigen Jahres ihre Schalter geschlossen hatte, verlief stürmisch. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß das Reich Hunderte von Millionen den Großbanken zur Sanierung gegeben habe, daß es aber in diesem Falle für die 36 000 Geschädigten — überwiegend Kleingewerbetreibende, Handwerker, Beamte und Hausbesitzer — weiter nichts getan

habe, als die 30prozentige Quote zu garantieren. Der Gläubigerausschuß will der Reichsregierung telegraphisch seine Forderung mitteilen: gleiche Behandlung für die Gläubiger der Hagru-Bank wie für die Großbankgläubiger.

Fünf Gläubiger beantragten die Verlesung der Gläubigerliste. Auf Grund der Vergleichsordnung mußte diesem Antrag stattgegeben werden. Die Verlesung wird schätzungsweise 14 Tage in Anspruch nehmen. Sie wurde zunächst begonnen, man hofft aber, die Antragsteller zur Zurückziehung des Antrages veranlassen zu können. Nach siebenstündiger Dauer waren noch etwa 200 bis 300 Gläubiger anwesend (zu Beginn über 10 000).

Indochina.

Die Proletarier.

Ich behaupte, daß der anamitische Proletarier, der Kuli und der Bauer, das unglücklichste und am scheußlichsten ausgebeutete Wesen der Welt ist.

Der französische Kolonial-Minister, der eben von einer Reise durch Indochina zurückgekommen ist, hat mit Begeisterung von Straßen und Brücken erzählt; er hat mit Achtung und Bewunderung von den Franzosen gesprochen, die diese Arbeiten entworfen haben; aber kein Wort hat er verloren über diejenigen, die sie durchführen mußten. An diese Menschen dachte ich, als ich das Land von Annam durchzog. Armes Volk, mit Lumpen bekleidet, ermüdet von zwölfstündigen Arbeitstagen! Sie verdienen am Tag 40 bis 50 Pfennige. Kein Gesetz über Arbeitsversicherung, keine Sozialversicherung!

In den Plantagen müssen die Arbeiter Verträge unterschreiben, in denen sie sich für zwei oder drei Jahre verpflichten. Wenn sie erschöpft von der Arbeit, vor der Zeit fliehen, werden sie wieder gefangen zu 50 bis 100 Peitschenhieben und zwei, drei oder vier Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Gefängnisstrafen werden in den Plantagen verbüßt; die Zeit kommt zu der vertraglich festgelegten Arbeitsdauer hinzu. — Wenn ein Arbeiter krank wird, dann wird er entlassen, ohne irgend eine Entschädigung zu erhalten.

Ich habe eine Fabrik in Indochina besucht, die einem Franzosen gehört. Es ist Ben Thuy, die Streichholzfabrik. Hier meine Notizen:

Der Chef empfängt mich sehr freundlich. Er ist ein Mann von 35 Jahren, dick und aufgeweckt. Seit drei Generationen ist die Fabrik im Besitz meiner Familie. Die Verhältnisse haben sich in dieser Zeit sehr geändert! Mein Großvater erzählte mir, er könne am Abend nicht ohne Schußwaffe ausgehen.“

„Ich versuche, ihn durch eine Frage auf ein Thema zu bringen, das mich interessiert. „Wie viele Arbeiter sind bei Ihnen angestellt?“

„Nicht mehr als 150. Seit der Krise haben wir unser Personal vermindern müssen. Und je weniger man heute hat, desto besser ist es. Man braucht dann nicht so aufzupassen. Im vorigen Jahr hatte ich 1000 Arbeiter. Die meisten davon habe ich nach den Unruhen am 1. Mai entlassen.“

„Was forderten die Arbeiter denn?“

„Sie wissen nicht, was sie wollen. Achtstundentag — Lohnerhöhung. Dummheiten!“

„Wie lang arbeiten sie denn und was verdienen sie?“

Kleine Verlegenheit, er sucht sich herauszureden: Man dürfe die Vorgänge hier nicht unter europäischen Gesichtspunkten ansehen. Im Durchschnitt wird zehn Stunden gearbeitet, und ein Kuli verdient 40 bis 50 Pf. am Tag. „Glauben Sie, das genügt völlig! Diese Leute haben keine Bedürfnisse; sie essen ihren Reis, und das ist alles.“

„Stellen Sie Frauen und Kinder ein?“

„Ja, die Frauen verdienen etwa 25 Pf., die Kinder 12 bis 15 Pf.“

Die Zahlen, die ich gehört habe, machen mich betroffen. Der Fabrikbesitzer merkt das. „Ich wiederhole Ihnen, man darf diese Zustände nicht vom Standpunkt eines europäischen Arbeiters beurteilen. Der Kuli ist nur ein Arbeitstier, das mit dem Arbeiter in Europa nicht zu vergleichen ist.“

Ich antwortete nicht; denn ich will Auskunft erhalten. Die Arbeiterregelung? „Wir machen sie selber. Wir haben einen Arbeitsinspektor, Herrn DELAMANE; er ist sehr angenehm und versteht seine Sache.“

„Gibt es Unfallversicherungen?“

„Nein, und das ist gut. Die Leute würden nicht verstehen...“

„Also keine Pension für diejenigen, die infolge eines Unfalls nicht mehr arbeiten können?“

„Nein, aber ich gebe manchmal einigen, an denen ich Interesse habe eine kleine Hilfe.“

Wir besuchen die Fabrik. Wenn wir einen Arbeiter treffen, steht er auf und grüßt militärisch. In den Werkstätten sind viele Frauen, sie haben nur Lumpen an. Eine schreckliche Not spricht aus ihren Gesichtern.

Der Fabrikbesitzer bringt mich bis ans Tor. „Ich bitte Sie, sich nicht beeinflussen zu lassen. Europäische Augen...“ Ich antwortete nicht.

Die politischen Gefängnisse.

Im Norden Annams liegen die bedürftigsten Gegenden Indochinas. Ein Sturm, eine Zeit der Trockenheit bedeuten für dieses Land, das mit seinen unendlich großen Reisfeldern das reichste in Annam zu sein scheint, Hungersnot. Drei auf einander folgende schlechte Ernten haben dieses Gebiet in eine schreckliche Not gebracht. 20 000 Menschen sind in drei Monaten verhungert, 200 000 haben nur so viel zu essen, daß sie, die Hände an den Bauch gedrückt, sich noch gerade von der Stelle schleppen können. Es ist nicht erstaunlich,

daß in dieser Gegend Unruhen entstanden sind. Die Regierung hat, wie üblich, mit harten Gegenmaßnahmen geantwortet. Am 13. September 1930 erhielt der Präsident der Provinz Vinh den Bescheid, daß eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen vorbereitet würde. Er zögerte nicht, die ganze Menge von drei Flugzeugen aus bombardieren zu lassen. Es gab 200 Tote; diejenigen, die mit dem Leben davon kamen, wurden verjagt, viele verhaftet. Die Gefängnisse von Annam sind voll von diesen Unglücklichen. Ich war in einem dieser Gefängnisse.

Der Tri-Phu, ein indochinesischer Beamter, empfängt mich am Eingang der kleinen Festung. „Sie werden hier keine interessanten politischen Gefangenen sehen. Die Rädelsführer sind nicht hier. Wir haben nur andere, Arbeiter, die am 1. Mai gestreikt haben; Bauern, die eine Herabsetzung ihrer Steuern verlangten.“ Ich weiß bereits, daß ein Streikender zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden kann.

Das Gefängnis besteht aus drei langen Baracken, sie sind 30 m lang, 5 m breit. Wir treten in die erste. Es ist dunkel; es riecht fürchterlich. Zweihundert Gefangene sind in diesem Raum; sie liegen neben einander, die Füße an einem eisernen Ring gefesselt. Ich gewöhne mich allmählich an die Dunkelheit. Die Gesichter sind abgemagert, die Körper mit Wunden bedeckt. Manche strecken die Arme nach mir aus. Was wollen sie? Ich setze mich auf das kleine Brett zu ihren Füßen und bitte sie durch den Dolmetscher, Fragen zu stellen. Einer beginnt zu sprechen: „Wir können uns nicht waschen; wir sind alle krank. Wir wissen nicht, warum wir bestraft werden; wir haben die Steuern doch immer bezahlt. Die Ruhr macht uns kaputt, aber man verbietet uns, auszutreten. Wir werden geschlagen.“ Einer der Gefangenen wirft die Lumpen ab, die ihn bedecken; sein Rücken ist voll von Striemen. „Wir frieren. Jeden Tag, jede Nacht sterben einige von uns.“ Die Stimme schweigt.

Nicht weit von uns liegt ein Kind. „Wie alt bist du?“ „Zwölf Jahre.“ Warum ist er da? Seine Eltern sind als Kommunisten hingerichtet worden, ihn hat man mitverhaftet.

Am Ende der Baracke steht ein Käfig. Mädchen, im Alter von 14 bis 17 Jahren, sind darin eingesperrt. Was haben sie getan? Einen Kurierdienst geleitet.

In den andern Baracken das gleiche Bild.

In Annam gibt es tausende solcher Gefängnisse. In ihnen leiden die Menschen, die es gewagt haben, gegen Not und Unterdrückung zu protestieren.

Übersetzt aus „Monde“.

Maul halten und parieren!

E. K. Hamburg, 23. Februar.

Bei der Abschlußkundgebung der „Rüstwoche der Eisernen Front“ sagte der Vorsitzende der Hamburger SPD, MEITMANN: „Und wenn die Partei, die Gewerkschaften und die Sportorganisationen ihre Parole für die Wahl des Reichspräsidenten ausgeben, dann diskutiert nicht darüber, sondern handelt danach!“

Von Pfrimers Heimwehrputsch.

H. Fo. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat die Oberstaatsanwaltschaft in Wien beantragt, das Verfahren gegen 1200 Personen, die wegen der Teilnahme am Heimwehrputsch vom 13. September vorigen Jahres angeklagt waren, einzustellen, und das Justizministerium wird diesem Antrage zustimmen. Lediglich gegen 30 öffentliche Angestellte, denen nach Meinung der Anklagebehörde größere Schuld an den Vorgängen beizumessen ist, wird das Verfahren weitergeführt.

Nach der Freisprechung PFRIMERS, des Anstifters und Führers des Putsches, ist diese Haltung der österreichischen Justizbehörden nicht mehr verwunderlich. Es mag schon beachtlich sein, diesen 1200, die anscheinend als Mitläufer betrachtet werden, weniger Verantwortung zuzuschreiben, da sie sich wahrscheinlich über die Tragweite ihrer Handlungen gar nicht klar waren! Es ist aber doch ein beschämendes Zeichen für das Kulturniveau einer Gesellschaft, solches Mitläufertum straffrei zu lassen; es sollte eigentlich gerade noch mehr bestraft werden als gesetzwidrige Handlungen aus Ueberzeugung; denn wozu hat man seine Vernunft und seine fünf Sinne, wenn nicht dazu, sich sein eigenes Urteil über die Dinge zu bilden und nicht jedem Schreihals bedenkenlos nachzulaufen! Durch die Methode, bloße Mitläufer für den von ihnen angerichteten Schaden nicht verantwortlich zu machen, redet man der Denkfaulheit und Ueberzeugungslosigkeit nur noch das Wort.

Ubrigens ist durchaus zu bezweifeln, daß man diese Methode strikt durchführt: Wenn es sich um einen Linksputsch gehandelt hätte, würden sehr wahrscheinlich auch auf das Konto der bloßen Mitläufer einige hundert Jahre Zuchthaus entfallen sein.

Freidenkererfolg bei der belgischen Sozialdemokratie.

Den Stand des Schulwesens in Belgien nach dem Schulgesetz von 1914 charakterisierte VANDERVELDE, der Vorsitzende der belgischen Sozialdemokratie, folgendermaßen: „Jetzt wird es zwei Arten von Schulen geben — katholische, die vom Staat unterstützt werden, und staatliche, die von den Katholiken beherrscht werden.“

Nach dem Krieg wurden diese staatlichen Unterstützungen noch vermehrt. Die sozialdemokratische Partei nahm in dieser Frage eine unentschlossene Haltung ein. Deshalb legte der sozialistische Lehrerverband dem Parteitag, Ende November 1931, eine Resolution mit folgenden Forderungen vor:

1. Zusammenfassung und Unterstellung aller Schulen unter das Unterrichtsministerium.
2. Konfessionsloser Unterricht unter Achtung aller politischen, philosophischen und religiösen Ueberzeugungen.
3. Lehrgeld- und Lehrmittelfreiheit für alle FRÖBEL-, Volks- und Berufsschulen.
4. Lehrberechtigung nur für Lehrer, die an öffentlichen Anstalten ausgebildet sind.
5. Der Religionsunterricht wird freiwilliges Fach, zu dem die Eltern die Kinder anmelden müssen.
7. Beseitigung aller Subventionen für private, nicht-staatliche Schulen.

Weiter: Die sozialistischen Abgeordneten müssen gegen die Erhöhung der Bezüge der Privatlehrer stimmen; bei ört-

lichen und provinziellen Unterstützungen dürfen keine weiteren Zusagen mehr gemacht, und die bestehenden Zusagen müssen zurückgezogen werden. (Das ist inzwischen an verschiedenen Orten schon geschehen.)

Die Resolution wurde mit starker Mehrheit angenommen. Warum ist so etwas nicht in Deutschland möglich?

Wirklich ernsthaft!

p Braunschweig, 24. Februar.

In Braunschweig fand eine engere Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei statt, die sich nur mit der Frage der Einbürgerung HITLERS befaßte. Es wurde nach eingehender Erörterung festgestellt, daß es sich bei der vorgesehenen Lösung nicht um eine Scheinernennung handelt, sondern daß die Ernennung zum braunschweigischen Beamten ernsthaft sei. Dem braunschweigischen Staatsministerium wird eine Erklärung der DVP zugehen, in der zum Ausdruck gebracht werden wird, daß man gegen die Ernennung HITLERS zum braunschweigischen Beamten keine Bedenken mehr habe.

Senkung der Bier- und Branntweinsteuer.

h Berlin, 24. Februar.

Der Reichsfinanzminister hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß vom 20. März ab die Biersteuer um sieben Mark pro Hektoliter gesenkt wird, und zwar überall dort, wo sie 22 Mark pro Hektoliter und mehr beträgt.

Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, zu der der Präsident der Monopolverwaltung und das Finanzministerium eingeladen worden waren. Der Vertreter des Finanzministeriums anerkannte die sich aus dem Rückgang des Branntweinverbrauchs ergebende Schädigung der Reichsfinanzen. Er sei ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer eine den fiskalischen Interessen gerecht werdende Senkung der Spritpreise erfolgen würde.

Doch Bierstreik in Berl'n.

h Berlin, 24. Februar.

Am Mittwoch abend beschloß die Konferenz der Vorstände und Vertrauensleute der großen Gastwirtsverbände Berlins, den Bierstreik ab Donnerstag, 3 Uhr morgens, aufzunehmen.

Diesem Streikbeschluß ging eine sehr stürmische Auseinandersetzung voraus. Der Vorschlag der Lokalkommission, zunächst die versprochenen Erleichterungen abzuwarten fand energischen Widerspruch bei den Vertrauensleuten der einzelnen Gastwirtsverbände. Die Versammlung stimmte mit großer Mehrheit dem Streikbeschluß zu. Streikziele: Ermäßigung der Reichsbiersteuer auf 5 Mark pro Hektoliter, Herabsetzung der Gemeindebiersteuer auf die Hälfte des gegenwärtigen Satzes, Beseitigung der Schankvorzehrsteuer und Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer.

c Berlin, 25. Februar.

Mit Eintritt der Polizeistunde am Donnerstag morgen um drei Uhr hat in Berlin der Bierstreik begonnen, dem sich neben rund 12 000 Schankstätten auch zahlreiche Großbetriebe angeschlossen haben. So sind die Bahnhofswirtschaften, denen die Reichsbahn ihr Verbot anheimgestellt hatte, und die Aschinger AG dem Streik gleichfalls beigetreten. Eine Schließung der Gaststätten ist nicht beabsichtigt. Den Kunden wird lediglich kein Bier ausgedient. Die Gastwirte sind entschlossen, durchzuhalten.

Arbeitsamt Westfalen berichtet.

r Dortmund, 23. Februar.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen hat sich seit Ende Januar die Arbeitsmarktlage in fast allen Wirtschaftszweigen verschlechtert. Aus dem rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau wurden rund 4000 Leute entlassen

und weitere 4000 zum Schluß des Monats gekündigt. Die Zahl der noch Beschäftigten ist damit auf rund 215 000 gesunken (Januar 1930 = 331 000). In der Hüttenindustrie sind keine größeren Entlassungen vorgenommen. Dagegen ist der Ende Januar festgestellte Stillstand in der weiterverarbeitenden Metallindustrie von einer neuen Verschlechterung abgelöst. Die Belohnung in der Tabakindustrie hat weitere Fortschritte gemacht. Die Möbelindustrie nahm ebenfalls Einstellungen, wenn auch nur in geringem Umfange, vor. Textilindustrie und Bekleidungsindustrie zeigten keine merkliche Veränderung. Im Bau- und Baustoffgewerbe verursachte das Frostwetter wiederum stärkere Entlassungen.

Wirtschaftspolitische Ausspracheabend.

Der nächste wirtschaftspolitische Ausspracheabend findet statt am Dienstag, dem 1. März, um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Saal 3 oder Saal 5. Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich — ein besonderer Hörerbeitrag wird nicht erhoben.

Leiter der Aussprache ist der Kollege OTTO SUHR.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 26. Februar.

Berlin:

18.20 PAUL ROHRBACH: Das Problem Indiens. (Vergleiche den Aufsatz „Wie steht es um Indien?“ in Nr. 38 des „Funken“.)

Leipzig:

16.00 DR. TH. SCHEFFER: Weltwirtschaft und Landeswirtschaft stoßen aufeinander. (Vergleiche dazu „Internationale Solidarität“ in Nr. 19 des „Funken“.)

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Sowjetmacht befreit die Arbeiterin.

Sonnabend, den 27. Februar.

Breslau:

17.55 ESTHER SCHIECHE-HORJEN: Jung-Chinas Kampf um industrielle und soziale Neuerungen.

Wien:

16.25 ANNA SIEMSEN: Wie ebnen wir unseren Kindern den Weg ins Arbeitsleben?

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die deutsche Presse und der zweite Fünfjahrplan.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM-zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — falls 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Hepp, Berlin. Verlag: Internationaler Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Jamiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 2 HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschert.

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen

Belgien: Die Subventionierung katholischer Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD Tierquallerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes Preis monat 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Reprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pflotenhaver

Weimar, Körnerstraße 40
Verlangen Sie Angebot!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 5. 42

Arbeiterkinderhelm

Mützen ad Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Naturreiner, echter

Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75

5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Memel und Litauen.

u Krottingen, 24. Februar.

Der litauische Militärpanzerzug, der bei Kowno stationiert ist, soll nach Memel abgefahren sein. Von litauischer Seite wird als Grund angegeben, daß die litauische Regierung deutsche Aktionen von Ostpreußen her befürchtet und das Memelland schützen wolle. Auf deutscher Seite fürchtet man dagegen Aktionen, die von Litauen ausgehen, und erzählt sich, daß in litauischen Kasernen Zivilkleider und scharfe Munition ausgegeben werden.

Es fehlt nicht viel, und die beiderseitigen Befürchtungen sind soweit angeschwollen, daß die Angst vor dem Angriff des andern zum offenen Ausbruch der Feindseligkeiten führt.

i Genf, 24. Februar.

Wie verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, nach vorhergehender Verständigung mit den drei übrigen Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention, Italien, England und Japan, dem Antrag der deutschen Regierung auf Einleitung eines Klageverfahrens gegen die litauische Regierung stattzugeben. Man erwartet, daß die vier Staaten bereits in der nächsten Zeit den Antrag bei dem Internationalen Haager Gerichtshof stellen werden, ein Verfahren gegen Litauen wegen Bruchs der Memelkonvention zu eröffnen.

Keine Amnestie für die flämischen Nationalisten.

h Brüssel, 24. Februar.

Die belgische Kammer lehnte mit 110 gegen 36 Stimmen bei drei Enthaltungen einen Antrag der flämischen Nationalisten ab, die eine Generalamnestie für diejenigen verlangten, die während des Krieges an der flämischen Bewegung teilgenommen hatten.

Die Gehälter der Roten Armee erhöht.

s Moskau, 24. Februar.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, die Gehälter der Roten Armee und Marine vom 1. Mai 1932 ab um 15 Prozent zu erhöhen.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Köln: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, in den Coloniasälen, Aachener Str. 5. Thema: Reichspräsidentenwahl und die Aufgabe der Arbeiterschaft.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Überall „Winterhilfe“!

R. B. Das „Echo de Paris“, eine reaktionäre Zeitung, fordert seine Leser auf, den Erwerbslosen alte Kleider zu schenken. Wie begründet man diese Tat der „Großmutter“?

„Das Werk, zu dem wir unsere Freunde sich zu beteiligen auffordern, trägt sowohl einen sozialen als auch einen politischen Charakter, denn wir wollen vermeiden, daß die kommunistischen Organisationen ihr Hilfswerk zu Gunsten der Arbeitslosen entfalten, ohne daß von unserer Seite ein Gegengewicht ausgeübt wird. Wir hoffen also, daß unserem Ruf Folge geleistet wird.“

Gefängnisse überfüllt.

i Friedeberg (Neumark), 21. Februar.

Die Berliner Gefängnisse sind gegenwärtig derartig überfüllt, daß Gefangene an Provinzgefängnisse abgegeben werden müssen. So erhielt das hiesige Amtsgerichtsgefängnis einen Transport von 50 Gefangenen aus Berlin, so daß das hiesige Gefängnis fast völlig belegt ist.

4600 Jahre China.

Von Kuo Shien-yan und Karl Hinkel.

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)

(Fortsetzung.)

B. Löhne und Lebenshaltung.

In der Baumwollindustrie in Schanghai betragen die Tageslöhne für Männer 60 Pfennig bis 1 Mark, für Frauen durchschnittlich 36 Pfennig, für Kinder 20 bis 50 Pfennig. — Arbeitszeit: täglich 11½ bis 16 Stunden, und zwar während sieben Tagen der Woche. Eine Sonntagsruhe gibt es in China überhaupt nicht. Die einzigen Feiertage im Jahr bringt das Neujahresfest, das allerdings 14 Tage dauert.

Der Rikscha(Läufer hat in Peking einen täglichen Reinverdienst von etwa 75 Pfennig, in Schanghai von etwa 54 Pfennig. In Peking gibt es mindestens 55 000 Rikscha-Läufer (mit etwa 250 000 Familienangehörigen), in Schanghai etwa 30 000. Die Rikscha-Läufer sind stets der Hitze, Kälte und Nässe ohne Schutz ausgesetzt. Sie können diesen Beruf durchschnittlich nicht länger als fünf bis sechs Jahre ausüben. Was nachher aus ihnen wird, ist nicht schwer zu sagen.

Im Bergbau beträgt der Tageslohn 40 bis 80 Pfennig. Dabei wird in den Bergwerken der Schantungprovinz täglich 24 Stunden in doppelter Schicht gearbeitet.

In welchem Verhältnis steht die Kaufkraft des Geldes zu diesen Lohnziffern?

Das Durchschnittseinkommen des erwachsenen männlichen Arbeiters in Schanghai beträgt — mit Einschluß der besser bezahlten Arbeiter — zwischen 20 und 30 Mark im Monat. Die Kosten der Lebenshaltung eines Ehepaares der ärmsten Volksklasse in Schanghai wurden von der Kinderarbeitskommission bereits im Jahre 1924, als die Lebenshaltung noch billiger war, auf etwa 32 Mark im Monat geschätzt. Eine andere, ebenso gewissenhaft vorgenommene

*) Ein zweirädriger Wagen für den Personentransport, der von einem Arbeiter gezogen wird.

Die Rolle Mellons.

Aus der Tätigkeit des bisherigen Schatzsekretärs.

Vor kurzem wurde der bisherige amerikanische Schatzsekretär MELLON zum Botschafter in London ernannt. Allgemein ist damals angenommen worden, daß diese „Beförderung“ mit den kommenden Verhandlungen über die internationalen politischen Schulden zusammenhängt. Schon im Juni 1931 wurde bekanntlich das HOOVER-Feierjahr verkündet, als MELLON sich auf einer Europa-Reise in London befand. Wie wir seiner Zeit im „Funk“ zu der Meldung von der Versetzung MELLONS hinzusetzten, hängt diese Veränderung wohl auch mit inneramerikanischen Angelegenheiten zusammen. Diese Vermutung wird uns durch inzwischen aus Amerika eingegangene Nachrichten bestätigt.

In amerikanischen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß MELLONS Nachfolger, OGDEN L. MILLS, der bisherige Unterstaatssekretär der Finanzen, eine energische Persönlichkeit sei, die auch neuartige Maßnahmen anwenden werde, wenn es darauf ankomme. Ohne Zweifel ist die jetzt in den Vereinigten Staaten eingeleitete Kreditausweitung — zwecks Bankenstützung, Subventionierung der Farmer und der Eisenbahnen, worüber wir ja berichtet haben — eine für die Union ganz neuartige, geradezu unerhörte Maßnahme. Sie ist sicher nicht nach dem Geschmack MELLONS. Wie uns berichtet wird, sei MELLON geneigt, sich zurückzuziehen.

Was man in den amerikanischen Kreisen, die eine fortschrittlichere Auffassung vertreten, über MELLON denkt, geht aus einem Brief hervor, den uns einer unserer Freunde in Philadelphia zur Verfügung stellt. Der Verfasser, ROBERT GRAY TAYLOR, ist ein Quäker und war in der Zeit der deutschen Kinderspielsung 1920—21 Direktor für Transportwesen der amerikanischen Kinderhilfsmission. Jetzt ist er bei der Hebung der Lage der Neger in Amerika tätig, als Vorsitzender der Kommission für Rassenfragen der Quäker von Philadelphia.

Mr. TAYLOR hat, als die Ernennung MELLONS zum amerikanischen Botschafter in London zur Diskussion stand, einen Brief an verschiedene Senatoren gerichtet mit der Aufforderung, die Ernennung MELLONS abzulehnen. Aus diesem Brief, von dem uns Mr. TAYLOR ein Exemplar zur Verfügung stellt, entnehmen wir einige Angaben über MELLONS Tätigkeit als Finanzsekretär.

Durch das Steuergesetz von 1924 hat MELLON die Rückzahlung der inneramerikanischen Kriegsanleihen seitens des Schatzamtes verlangsamt, obwohl gerade damals, wegen der Hochkonjunktur von 1924—29, diese Rückzahlung die Steuerzahler keine drückende Belastung gekostet hätte. MELLONS kurzsichtiges Interesse, seine Steuern herabzusetzen, hat ihn also veranlaßt etwas zu tun, was — wie Mr. TAYLOR mit Recht sagt — verständige Schatzsekretäre nicht tun: Schuldentilgungen zu verlangsamen in Zeiten der Hochkonjunktur. (MELLON ist einer der allerreichsten Männer Amerikas.)

MELLON hat auch die Erhöhung der Erbschaftssteuern verhindert, die angesichts der zum Teil kolossalen amerikanischen Vermögen nach Ansicht selbst der Rechtsanwälte nötig ist, damit die Söhne reicher Leute vor dem Fluch der ihnen in den Schoß fallenden Erbschaften bewahrt werden. Diese jungen Leute verletzen die Gesetze des Landes recht oft, werden aber dann mit — für sie — so geringen Strafen belegt, daß sie sich über die Methoden der amerikanischen Rechtsprechung amüsieren.

Die neueste „Leistung“ von MELLON bestand darin, daß er im vorigen September — als infolge der psychologischen Wirkung des HOOVER-Feierjahrs eine Geschäftsbelebung einsetzte — eine 3proz. Bundesanleihe an das Publikum zu 100 Prozent (des Nennwertes) verkaufte. Jetzt stehen diese Anleihen auf 85 Prozent. Mr. TAYLOR schreibt hierüber: „MELLON ist der einzige Wertpapier-Verkäufer, der eine solche Anleihe damals hätte an den Mann bringen können.“

Nach Ansicht von Mr. TAYLOR war MELLON die beherrschende Figur in den Kabinetten der vergangenen elf Jahre, unter den Präsidenten HARDING, COOLIDGE und HOOVER. Weite Kreise begrüßen es daher, daß HOOVER jetzt MELLON „die Treppe hinaufgeworfen“ hat durch „Beförderung“ MELLONS zum Botschafter in London. Andererseits befürchtet Mr. TAYLOR, daß MELLON in London eine Regelung der internationalen politischen Schulden treffen wird, die im Interesse der Bezieher hoher Einkommen, aber nicht im Interesse der Massen liegt.

Beseitigung der internationalen politischen Schulden würde natürlich die Steuerlast für die Amerikaner und Franzosen erhöhen; und das trübe vor allem die reicheren Schichten. Die Beseitigung der internationalen politischen Schulden würde andererseits die Kaufkraft der verschuldeten Länder Europas erhöhen — vor allem die Kaufkraft Deutschlands und in zweiter Linie Englands, die beiden wichtigsten Länder für die amerikanische Ausfuhr. Verbesserung der amerikanischen Ausfuhr-Möglichkeiten wäre aber für die Behebung der Arbeitslosigkeit in der Union wichtiger als die Vermeidung einer Steuererhöhung, die bei Abschaffung der internationalen politischen Schulden in den Vereinigten Staaten (und in Frankreich) nötig werden würde.

Aus diesem Grund fordert Mr. TAYLOR die Senatoren, denen er den hier auszugsweise wiedergegebenen Brief gesandt hat, auf, die Ernennung MELLONS zum amerikanischen Botschafter in London zu verhindern.

Bekanntlich ist diese Ernennung jedoch inzwischen erfolgt. — Wir bringen aus dem Schluß des Briefes von Mr. TAYLOR noch ein in Amerika geflügeltes Wort: Er fordert jene Senatoren auf, ihre Stellungnahme gegen MELLON mit den Worten zu begründen: „Man kann an der Nase herumführen: alle Leute manchmal, manche Leute allemal, aber nicht alle Leute allemal.“

Fortschritt.

P. P. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet in ihrem Stadtblatt vom 10. Februar über den Frankfurter Faschingsrummel:

„Der Straßenbetrieb war lärmender und schlimmer als früher. . . Einige Masken, die Geistliche nachahmen wollten, wurden bittor, nach Abliegen der Maskerade aber wieder entlassen.“ So, so — und keiner wurde geköpft? Da war es doch im älteren, im kapital-, maschinen- und zeitunglosen Mittelalter, im sogenannten „dunkeln“ Mittelalter also — damals, als noch keine Sozialdemokratie mit dem Zentrum zur Förderung des Fortschritts verbündet war — in den deutschen Städten anders bestellt. Wie saftig und kräftig, ganz unmißverständlich anschaulich jeweils in übermütigen Maskenzügen, auch schon lange vor der Reformation, die ehrwürdige Geistlichkeit in ihrer gebrechlichen Menschlichkeit — d. h. die Geilheit und Habsucht, der Hochmut, die Dummheit und Herrschsucht der offiziellen Religionstechniker — vom gut

katholischen Volk auf offenen Gassen und Plätzen ungehindert von der hohen Obrigkeit, ohne Sistierung, dargestellt wurde: das berichten uns unzählige Chroniken so drastisch, daß wir um des lieben Friedens willen lieber nichts nachdrucken. Aber der Klerus verstand sogar — damals — noch einigen Spaß. Denn das schallende Gelächter der in der Kirche versammelten Gemeinde war durch Jahrhunderte alterwürdiger kirchlicher Brauch. Für das Osterfest war es gute Pfaffenstille, „das Volk in der Kirche durch Possen und Schwänke zu ergötzen; und der Prediger suchte von der Kanzel herab sein Bestes dazu beizutragen. Er trat selber an die Stelle der aus der Kirche gejagten Lustigmacher; das größte Gelächter dabei erregt zu haben, galt den Geistlichen als besondere Genugtuung.“ (JULIUS LIPPERT: „Christentum, Volksglaube und Volksbrauch“, Seite 419.) Das war der rissus paschalis, das „Ostergelächter“, als kirchliche Institution. Aber inzwischen haben wir — gottlob — einige Fortschritte nicht nur in der Lügentechnik, sondern auch in Zucht und Ehrbarkeit vollbracht.

Schätzung setzte die Haushaltungskosten einer Familie von fünf Personen auf 42,75 Mark fest.

Hieraus folgt: 16, 20, 24 und selbst 30 Mark im Monat für einen erwachsenen Arbeiter sind nicht nur ganz allgemein ein erbärmlicher Lohn, sondern sind ein miserabler Lohn selbst bei chinesischer Lebenshaltung. Frauen und Kinder werden in die Industrie hineingetrieben (wo sie als billige Arbeitskräfte willkommen sind), weil das Einkommen des Vaters nicht genügt, um die einfachen Lebensbedürfnisse der so anspruchslosen chinesischen Proletarierfamilie zu bestreiten.

C. Arbeiterschutz und Arbeitsgesetzgebung.

In bezug auf Arbeiterschutz und Arbeitsgesetzgebung schreibt ALBERT THOMAS in seinem Bericht: „Ich habe China nun ersucht, eine soziale Gesetzgebung zu unternehmen, die bisher fehlte.“

Tatsächlich besteht im heutigen China keinerlei Arbeiterschutzgesetzgebung. Bis 1927 waren wenigstens in Kanton die Gewerkschaften gesetzlich anerkannt. Bei der sogenannten Parteireinigungsaktion im April 1927 wurde dieses Vorrecht aufgehoben. Allerdings hat TSCHIANGKAISCHER eine Reihe von Schutzverordnungen für die Arbeiterschaft im Gebiet der Nanking-Regierung erlassen, und in Kanton wurde ein Schiedsgericht zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten eingesetzt. Aber vermutlich handelt es sich hier um eine Art faschistischer Arbeitsgesetzgebung bei gleichzeitiger Zurückdrängung oder staatlicher Bevormundung der Arbeiterorganisationen.

Im allgemeinen bleibt es bei der Feststellung von ALBERT THOMAS: eine soziale Gesetzgebung fehlt bisher. Nichts gewährt dem Arbeiter einen gesetzlichen Schutz gegen Ausbeutung, und keine Vorschrift erzwingt Vorsichtsmaßnahmen gegen die Gefahren besonders schädlicher Berufe, verlangt Schutzvorrichtungen an gefährlichen Maschinen oder gar eine Fürsorge in Form staatlicher Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Ebenso wenig besteht für den Unternehmer eine gesetzliche Verpflichtung zur Unterstützung des Arbeiters oder seiner Familie, wenn er einen Berufsfall oder eine Berufskrankheit erlitten hat. Ja, es fehlt ganz allgemein noch jedes Gefühl dafür, daß die Unternehmer ebenso

wie die Allgemeinheit eine Verpflichtung gegenüber dem Arbeiter haben, der Gesundheit und Leben bei seiner Arbeit aufs Spiel setzt.

Hinsichtlich der sozialen Einrichtungen besteht zwischen chinesischem und fremden Betrieben durchaus kein Unterschied. Ein Unterschied, der vorhanden ist, und der in technischer wie hygienischer Beziehung ins Gewicht fällt, ist der des Alters der verschiedenen Fabriken.

Die jüngste Fabrik ist im allgemeinen, ohne Rücksicht auf die Nationalität des Eigentümers, die beste in der Konstruktion, hat am meisten Licht und Ventilation und am wenigsten winkelige und unhygienische Arbeitsplätze. Die älteren Fabriken sind in dieser Beziehung schlecht eingerichtet, und zwar in gleicher Weise, ob es sich um chinesische, englische oder japanische Unternehmen handelt. Nirgends findet man bei ihnen Schutzvorrichtungen zur Unterstützung bei Unfällen und Krankheit.

Die Behandlung der Arbeiter ist eine andere in den chinesischen und den fremden Betrieben. Der chinesische Unternehmer scheint bis auf den heutigen Tag noch nicht völlig vergessen zu haben, daß der Meister nach altchinesischer Auffassung der Vater seiner Arbeiter sein soll. Anders ist die Sachlage in den fremden Unternehmungen. Die englischen Unternehmer haben sich während eines Jahrhunderts, die Japaner in kürzerer Zeit, an das Fabrikssystem mit seiner rücksichtslosen Behandlung der „Hände“ gewöhnt. Die englischen Fabrikanten verwenden in China gelegentlich nicht-chinesische Vorarbeiter und Aufseher. Die Japaner verfahren ganz allgemein so. Beide verwenden mit Vorliebe Inder (in erster Linie Angehörige des kriegstüchtigen Stammes der Sikhs) als Wachtleute. Auch die Polizei der internationalen Niederlassung in Schanghai und der englischen Konzessionen besteht aus Sikhs, die man aus Indien herbeigeholt hat. Die japanischen Vorarbeiter und Aufseher sind teils mit Feuerwaffen, teils mit Stöcken bewaffnet. Ebenso teilweise die Inder. Wie diese Methode der fremden Unternehmer auf die chinesische Arbeiterschaft wirkt, hat die Demonstration am 30. Mai 1925 in Schanghai gezeigt, die dadurch verursacht wurde, daß ein japanischer Aufseher einen chinesischen Arbeiter mit dem Revolver niederschloß.

(Fortsetzung folgt.)

Das nennen sie Handelspolitik!

Trügerische Ziffern.

Die internationalen Handelsbeziehungen sind heute schwerer durchschaubar denn je.

Aus den *Ausfuhrziffern*, die von der Statistik geboten werden, darf man nicht etwa auf die natürliche *Ausfuhrfähigkeit* des betreffenden Landes schließen: Die litauische Regierung zahlt zum Beispiel für die Ausfuhr von einem Zentner Schweinefleisch eine Ausfuhrprämie von 70 Lit (rund 18 Mark), also etwa die Hälfte des derzeitigen deutschen Großhandelspreises; nur dieser Umstand, nicht etwa wachsende Ueberlegenheit der litauischen Landwirtschaft, erklärt, daß die Ausfuhr Litauens nach Großbritannien von 1930 auf 1931 von 65 auf 90 Millionen Lit gestiegen ist. — Die Südafrikanische Union zahlt, um die Aufrechterhaltung der Goldwährung ohne Nachteil für die eigenen Kapitalisten zu ermöglichen, seit Oktober 1931 für die Ausfuhr in Länder mit entwerteter Währung 10 bis 15 Prozent des Wertes der ausgeführten Waren als Ausfuhrprämie, seit dem 18. Januar 1932 sogar 25 Prozent.

Aus hohen *Einfuhrziffern* für einzelne Monate darf man nicht etwa immer schließen, daß ein Land dauernd durch Ueberschwemmung mit ausländischen Waren bedroht wird. Die Ueberschwemmung pflegt gleichzeitig mit der Diskussion über Zollerhöhungen einzusetzen — die Kaufleute wollen vor Toresschluß noch rasch zu niedrigen Zollsätzen Waren einführen — und liefert den Zolldemagogen gewissermaßen „auf Bestellung“ willkommene Beweisstücke für ihre Forderungen.

Ziele sogenannter „Handelspolitik“.

Ziele nahezu aller handelspolitischen Maßnahmen ist auf allen Seiten: Zurückdämmung der Einfuhr, Steigerung der Aufuhr. Dabei wird meist völlig außer acht gelassen, daß es unmöglich ist, daß *alle* Staaten die Ausfuhr steigern, wenn *alle* Staaten die Einfuhr abdrosseln. Das Ergebnis ist jedenfalls Hemmung des Handels von *allen* Seiten.

Einige Beispiele zur Kennzeichnung der Ziele, die sich die einzelnen Handelsminister gesetzt haben:

Das rumänische Industrie- und Handelsministerium hat offen den Leitsatz aufgestellt, der Einfuhr aus einem Staat müsse eine entsprechende Ausfuhr Rumäniens dorthin gegenüberstehen. Eine reaktionäre Abschneidung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen allen Staaten! Warum soll nicht Rumänien — in dreieckigem „Tausch“ — Mineralöl nach Deutschland liefern, Deutschland Farbstoffe nach England, und England Werkzeugmaschinen nach Rumänien?

In den nordischen Staaten wird heute die Parole verbreitet: Kauft bei Euren Käufern! Beanstandet wird zum Beispiel, daß Finnland 1930 von Deutschland für 2 Milliarden Finnenmark ((1 Finnenmark = 10^{1/2} Pfennig) kaufte und nach Deutschland für 700 Millionen Finnenmark verkaufte; — andererseits kaufte es von England für 700 Millionen Finnenmark und verkaufte dorthin für 2 Milliarden Finnenmark. Die finnische Zeitung „Kaupolehti“ („Handelsblatt“) drückte den Talbestand klar in folgendem Satz aus: „Mit den durch die Ausfuhr nach England erhaltenen Geldern haben wir Waren aus Deutschland bezahlt.“ Warum sollte das nicht so bleiben?

In manchen Fällen sind politische Ziele für die Handelspolitik maßgebend, so offenbar, wenn Frankreich für Hopfen das Einfuhrkontingent (die höchstzulässige Einfuhrmenge) auf 9000 Doppelzentner festsetzt, und davon 8000 Doppelzentner der Tschechoslowakei zuteilt.

Beherrschend in der gegenwärtigen „Handelspolitik“ ist aber jedenfalls das Streben, die Einfuhr zu drosseln.

Der Gedanke, daß Einfuhr etwas Schädliches sei, ist bereits tief in alle Bevölkerungskreise eingedrungen. In England hat die Propaganda „Kauft englische Güter“ Erfolge gehabt. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Deutschland erlebte ich kürzlich, daß ein Kaufmann sachlich darauf hinwies, Südamerika könne doch gerade dann deutsche Waren einführen, wenn Deutschland von dort Getreide kauft; er wurde ausgelacht. Dieses Verhalten ist fast typisch. Es ist durch „nationale Propaganda“ hervorgerufen worden und unterstützt die Bemühungen der Regierungen, ihr Land „autark“, unabhängig von Einfuhr zu machen.

Ansätze zu Handelspolitik.

Zur Handelspolitik im eigentlichen Sinn des Wortes kann man eigentlich nur die in den Anfängen steckenden Versuche rechnen, Zollschranken niederzulegen durch Vereinigung mehrerer Zollgebiete und Zollschranken zu erniedrigen durch Gewährung von Vorzugszöllen (Präferenzzöllen). Doch handelt es sich in allen vorliegenden Fällen keineswegs nur um *Handelspolitik*, sondern — meist sogar vorwiegend — um *machtpolitische* Erwägungen. Ueber die folgenden Pläne ist geredet worden und wird noch geredet:

1. Deutsch-österreichische Zollunion. Der Plan, dessen Durchführung die Lage Oesterreichs erleichtert hätte, ist bekanntlich nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen entstanden und ist an politischen Widerständen gescheitert.

2. Zwischen den drei Angehörigen der sogenannten „Kleinen Entente“: Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, außerdem: Oesterreich, Ungarn und Bulgarien sind Verhandlungen über einen wirtschaftlichen Zusammenschluß im Gange. Der Plan wird von Frank-

reich sichtlich begünstigt, zum Teil wohl aus dem politischen Grund, Oesterreich von Deutschland zu trennen.

3. Zwischen England und den skandinavischen Ländern knüpfen sich engere Fäden. Durch die gemeinsame Währungsentwicklung ist ein Zusammengehen vorbereitet.

4. Den neuesten Schritt hat Oesterreich unternommen, mit der Aufforderung an Deutschland, England, Frankreich und Italien, zusammenzuarbeiten, um Oesterreich mehr wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu schaffen. Vielleicht führt der österreichische Vorstoß zu einer mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz.

Doch dies alles sind Pläne zur Herabsetzung von Zöllen, oder gar nur Pläne für Konferenzen, auf denen über die Herabsetzung von Zöllen gesprochen werden soll. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die Mittel.

Daß nicht *alle* Staaten gleichzeitig die Einfuhr beschränken und die Ausfuhr vergrößern können, dürfte mindestens den Handelsministern geläufig sein. Jeder von ihnen hofft nun, es besonders klug anzustellen und für sein Land eine möglichst große Steigerung der Ausfuhr und Verringerung der Einfuhr zu erzwingen oder zu erlisten. So entbrennt ein Wirtschaftskrieg mit großen, kleinen und kleinsten Mitteln: Zollsätze werden erhöht oder neu eingeführt (England!). Daneben treten Einfuhrverbote und Kontingentierungen (Festlegung begrenzter Einfuhrmengen). Die Notenbanken ergänzen diese Maßnahmen durch Devisenpolitik, das heißt: durch beschränkte Hergabe von Devisen zur Bezahlung von Einfuhr. Dazu kommen noch Maßnahmen und Tarifänderungen der Eisenbahnen und Hafenbehörden, besondere Steuern zur Belastung der Einfuhr, Bestimmungen über die Verwendung inländischer Produkte (Beimischungszwang) und als eines der zweischneidigsten Mittel: die Geldwertherabsetzung.

Die Wirkung.

Täglich ergehen neue Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen auf dem Gebiet der Handelspolitik.

Die Weltwirtschaft wird immer mehr zerstückelt und zerschlagen und die Wiederbelebung der Wirtschaft immer mehr unterbunden. Auf diesem Gebiet wie auf anderen Gebieten der Wirtschaftspolitik führt das Bestreben der Kapitalisten, die Folgen der Krise von sich abzuschieben, zur Verschärfung der Krise.

Das nennen sie Handelspolitik!

Hellmut Rauschenplat.

19 Millionen Mark Verlust bei den Vereinigten Stahlwerken.

Im Geschäftsbericht der Vereinigten Stahlwerke für das Jahr 1930 wurde festgestellt, daß dieses Jahr das „schwierigste seit der Gründung“ gewesen sei. Dasselbe wird auch in dem eben veröffentlichten Bericht über das Jahr 1931 gesagt. Im Vorjahr war die Gesellschaft nur gezwungen, bei einem Reingewinn von 36 Millionen Mark, die Dividende auf 4 Prozent herabzusetzen; für das Jahr 1931 wird ein Verlust von 18,9 Millionen Mark ausgewiesen.

Der Aufsichtsrat will der Generalversammlung die Einziehung von 25 Millionen Mark Vorratsaktien vorschlagen. Offenbar sind diese Aktien für rund 23^{1/2} Millionen Mark gekauft worden; denn wegen Vernichtung dieser Aktien erscheint in der Bilanz ein Posten von 1,5 Millionen Mark unter dem Titel „Ertrag aus der Kapitalherabsetzung“.

Die Abschreibungen auf Werksanlagen betragen in der vorliegenden Bilanz nur 43 Millionen Mark, während im Vorjahr hierfür noch 81 Millionen Mark aufgewendet wurden. In Anbetracht der Tatsache, daß nur ein geringer Teil der Werksanlagen überhaupt noch ausgenutzt wird, wären erheblich höhere Abschreibungen erforderlich gewesen. Wahrscheinlich sind sie so niedrig bemessen worden, um dadurch keine größeren Verluste ausweisen zu müssen. Von Seiten der Verwaltung des Stahlvereins wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Anlagen jetzt *sogar* noch um einige Millionen niedriger zu Buche stehen, als zur Zeit der Gründung der Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1926, obwohl seitdem viele Neuanlagen gebaut worden sind. Im Vergleich zu der *Größe* der Anlagen mag es berechtigt sein, hier „*sogar*“ zu sagen; vergleicht man aber die *Ausnutzung* der Anlagen im Jahre 1926 und heute, so muß man sich darüber wundern, daß die Anlagen *nur* um einige Millionen niedriger zu Buche stehen, als damals.

Die Bergwerks- und Hüttenanlagen werden in der Bilanz mit 1478 Millionen Mark ausgewiesen, gegenüber nur 1439 Millionen Mark im Vorjahr, da einige neue Schachtanlagen fertiggestellt worden sind, die mit 38,5 Millionen Mark bewertet werden. Die alten Schachtanlagen werden also ebenso hoch ausgewiesen wie im Vorjahr, obwohl, angesichts der Geschäftslage der Gegenwart und absehbaren Zukunft, auch hier eine Sanierung erforderlich wäre durch Herabsetzung des Buchwerts aller Anlagen.

Beteiligungen und Wertpapiere sind mit 298 Millionen Mark in die Bilanz eingesetzt, gegenüber 318 Millionen Mark im Vorjahr. Auch hier erscheint die Abschreibung um nur 6 Prozent außerordentlich gering; denn selbst die Kurse, die im September an der Börse notiert wurden, waren gegenüber dem Vorjahr schon damals zumeist um weit mehr als 6 Prozent im Wert gesunken.

Die Bilanz der Vereinigten Stahlwerke entspricht also ganz der Verschleierungs- und Vogel-Strauß-Politik, wie wir sie heute von Wirtschaftsführern und Politikern gewohnt sind. Me.

DEUTSCHLAND Zur *Wirtschaftskrise*: Die Augsburgs Kammgarindustrie teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß die Lage in der Kammgarindustrie jetzt doch nicht so ungünstig erscheine, wie vor einem Jahre.

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im Januar nur zu einem Drittel ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Verbrauchsgüterindustrien zu 41 Prozent, und die Betriebe der Produktionsgüterindustrien zu 27 Prozent.

Maschinenindustrie: Im Januar sank der Beschäftigungsgrad der Werke auf 31 Prozent der Sollbeschäftigung. Arbeitszeit im Wochendurchschnitt: 37 Stunden. Die Lieferung nach dem In- und Ausland ging zurück. Dabei nahm die Bedeutung der Ausfuhr im Rahmen des Gesamtabsatzes weiterhin zu.

Rundfunk: 1932 wird mit einem Aufkommen von 89 Millionen Mark Rundfunkgebühren gerechnet.

Kinos: Die Statistik widerlegt alle Behauptungen, die Filmwirtschaft werde wegen der hohen Lustbarkeitssteuern zusammenbrechen. 1931 sind allerdings 335 Kinos eingegangen (von diesen haben aber 294 nicht täglich gespielt); neu gegründet wurden jedoch 139 Kinos (alle 139 spielen täglich). Mit den 335 geschlossenen Kinos verschwanden 110 000 Plätze, durch die Neugründungen kamen 132 000 Plätze hinzu. — Der Wert der deutschen Lichtspieltheater wird auf rund 275 Millionen Mark geschätzt.

Zinsrückstände der Preussischen Landespfandbriefanstalt: Ende 1931 waren ausgegeben 22 605 Hypothekendarlehen in Höhe von insgesamt 289 Millionen Mark. Zinsrückstände: 2,3 Prozent (im Vorjahre 0,9 Prozent). Es handelt sich meist um Beleihungen städtischer Grundstücke. — Summe der Kommunaldarlehen Ende 1931: 89 Millionen Mark. Zinsrückstände: 0,6 Prozent. — Also keine erheblichen Zinsrückstände, trotz der Krise.

Banken-Rationalisierung: Die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft teilt in ihrem Geschäftsbericht für 1931 mit, daß durch die Zusammenlegung der Deutschen Bank mit der Diskonto-Gesellschaft insgesamt 60 Millionen Mark Unkosten jährlich erspart worden sind.

Kunstseide: Die am Kunstseide-Verkaufsbüro beteiligten Firmen haben 1931 ihren Absatz gegenüber dem Vorjahre gesteigert. Das Büro berichtet von erheblichem Auftragsengang, insbesondere seit Mitte Januar. Zahlenangaben liegen leider nicht vor.

Aus der Geschäftsstatistik der *Vereinigten Stahlwerke*:
Januar 1932 in Proz. des besten Monatsergebnisses von 1929

Reiner Inlandabsatz an Eisen	15,6
Rohstahlerzeugung	24,7
Fremder Umsatz	26,5
Roheisenerzeugung	30,3
Löhne und Gehälter	32,3
Kohlenförderung	46,0
Sozialbeiträge	56
Steuern	79
Tarifgehälter	80,0
Tariflöhne	88,3

Die ökonomische Reaktion.

Ein Bauer erzählt, daß jetzt vereinzelt in Dörfern des Freigerichts, wo viele jetzt arbeitslose Zigarrenarbeiter wohnen, mit dem Flegel gedroschen wird, um das Druschgeld zu sparen. Eine Dreschmaschine drischt in einer Stunde 28–30 Zentner Getreide. Das Dreschen mit der Maschine kostet außer dem Essen für die Bedienungsmannschaft und der Hilfe der Nachbarn 4,50 Mark in der Stunde. Mit dem Flegel dreschen drei Mann in einer Stunde 80 Pfund Getreide, also in 35–37 Stunden soviel wie die Dreschmaschine in einer Stunde.

Bei dem Bahnbau Hartmannshelm (Oberhessen)—Bistein wurde vereinbart, daß die Steine nicht mit der Maschine, sondern mit der Hand geklopft werden, damit möglichst viel Arbeitskräfte beschäftigt werden. Für die Handarbeit wird insgesamt genau soviel bezahlt, wie für die Maschinenarbeit bezahlt werden müßte. Ein Steinklopfer kann es auf einen Verdienst von 3 Mark am Tag bringen. E. W.

POLEN

Die Eisen- und Stahlerzeugung im Januar lag weit unter der vom Dezember, weil inzwischen die Lieferungen nach Rußland erledigt sind. Es wurden produziert:

	Dezember 31	Januar 32
Roh Eisen	10 600 Tonnen	4 400 Tonnen
Rohstahl	17 800 Tonnen	11 800 Tonnen
Walzwerkprodukte	14 900 Tonnen	9 400 Tonnen

Nach den Sammelbilanzen der 15 größten *Aktienbanken*, die zusammen 80 Prozent des Kapitals aller Aktienbanken besitzen, ist im Laufe des Jahres 1931 ein starker Einlagenschwund bei den Privatbanken eingetreten. Wir geben hier den Stand der Einlagen in drei Terminen in Millionen Zloty. (1 Zloty = 47 Pfennig):

	31. 12. 31	30. 6. 31	31. 12. 31
Befristete Einlagen	250	181	122
Sofort fällige Einlagen	297	260	177

Die abgezogenen Einlagen wurden zum Teil bei Staatsbanken eingezahlt. Wie in Deutschland!

Die „Mandschurische Regierung“ verhandelt.

Die mandschurische Regierung beabsichtigt, in Japan eine Anleihe in Höhe von 60 Millionen Yen aufzunehmen. Als „Gegenleistung“ soll Japan neue Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen in der Mandschurei erhalten.

Die Japaner versuchen also gar nicht erst lange, zu entdecken, daß die Ausstattung der Mandschurei mit einer eigenen „Regierung“ sich nur der Form, nicht aber dem Sinne nach von der Annektierung der Mandschurei durch Japan unterscheidet.

Gold-Produktion.

Die Weltgoldproduktion betrug im Jahre 1931 89,5 Millionen Pfund Sterling. Im britischen Reich wurden 65,6 Millionen Pfund erzeugt, davon in Transvaal, dem wichtigsten Goldland der Erde, 46,2 Millionen Pfund.

Im Jahre 1915, das die bisher größte Goldproduktion hatte, wurden insgesamt 96,7 Millionen Pfund gefördert, davon im britischen Reich aber nur 60,6 Millionen Pfund. Der Anteil des britischen Reichs an der Weltgoldproduktion ist also seitdem gestiegen.